



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**"Partnerschaft für die
Kommunikation über
Europa"**

Brüssel, den 22. April 2008

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

zu der

Mitteilung der Kommission "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa"

KOM(2007) 568 endg. und

KOM(2007) 569 endg.

Die Europäische Kommission beschloss am 3. Oktober 2007, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

Mitteilung "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa"
KOM(2007) 568 endg.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss bestellte gemäß Artikel 20 der Geschäftsordnung Frau VAN TURNHOUT zur Hauptberichterstatlerin.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 444. Plenartagung am 22./23. April 2008 (Sitzung vom 22. April) mit 90 gegen 12 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wiederholt seinen Aufruf an die Kommission, das Problem der fehlenden Rechtsgrundlage in der Kommunikationspolitik anzugehen. In Anbetracht der rechtlichen und politischen Hindernisse erhebt der Ausschuss jedoch keine Einwände gegen die interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Rat, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission. Der Ausschuss wird sich den in einer solchen interinstitutionellen Vereinbarung dargelegten Absichten so weit wie möglich anschließen.
- 1.2 Der Ausschuss weist erneut auf ein zweifaches Problem betreffend die Ressourcen hin: Es fehlen die finanziellen Mittel, und die bürokratischen Verfahren für ihre Gewährung sind abschreckend kompliziert. Der Ausschuss ersucht die Europäische Kommission, das Verfahren der Mittelgewährung zu vereinfachen und auch beratende Institutionen, wie den EWSA, bei künftigen Rahmenverträgen - etwa zu audiovisuellen Dienstleistungen, Europe by Satellite (EBS) und Meinungsumfragen - zu berücksichtigen.
- 1.3 Der Ausschuss begrüßt die Idee der Partnerschaft für die Kommunikation, die kohärent und integriert sein und dadurch die Rolle der europäischen Bürger stärken und eine europäische Öffentlichkeit schaffen soll. Um die Bürger zu erreichen, braucht man: (i) klare, einfache und ansprechende Botschaften, eine klare Vision, die die Bürger als *die ihre* annehmen und (ii) ein geeignetes Kommunikationsdesign und die passenden Kommunikationsinstrumente. Die Erstellung eines jährlichen Arbeitsplans zu ausgewählten EU-Kommunikationsschwerpunkten könnte hier einen Beitrag leisten. Der EWSA bietet den anderen Institutionen nach Maßgabe der ihm zur Verfügung gestellten Ressourcen seine Mitarbeit bei diesem Thema an, denn schließlich ist die EU nicht nur "Brüssel", sondern muss nach dem Motto "Going local" auch vor Ort wahrnehmbar sein.

1.4 Der Ausschuss misst seiner Teilnahme an der Interinstitutionellen Gruppe "Information" (IGI) große Bedeutung zu. Im Anschluss an das Weißbuch wurde am 31. Mai 2007 ein Addendum zum Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem EWSA unterzeichnet, das den Europahäusern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten einen ausgezeichneten Rahmen bietet, um die 344 EWSA-Mitglieder aktiv in nationale und regionale Tätigkeiten einzubeziehen. Die Kommission sollte bei ihrer Kommunikation mit der Zivilgesellschaft die Rolle des Ausschusses als Brücke zwischen den EU-Institutionen und der organisierten Zivilgesellschaft würdigen. Nach Meinung des Ausschusses könnte ein Mehrwert erzielt werden, wenn seine Mitglieder aktiv an den vorgeschlagenen webbasierten Pilot-Informationsnetzen (PIN) beteiligt wären. Der Ausschuss wird die vorgeschlagenen zivilgesellschaftlichen Kontaktstellen in der Kommission und andere relevante Netzwerke, wie die EWSA-Kontaktpunkte in den Vertretungen der Europäischen Kommission und die Europe-Direct-Zentren, gerne sachkundig unterstützen. Diesbezüglich ersucht der Ausschuss die Kommission zu prüfen, wie ihre Netze, darunter Europe Direct und die "Team Europe"-Sprecher, stärkere Unterstützung erfahren könnten.

2. **Begründung**

2.1 Die Mitteilung der Europäischen Kommission (KOM(2007) 568 endg.) zum Thema "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" wurde am 3. Oktober 2007 veröffentlicht. Dies ist bereits das vierte Dokument der Kommission zum Thema Kommunikation. Die drei Vorgängerdokumente waren: 1) das Weißbuch der Europäischen Kommission über eine europäische Kommunikationspolitik (KOM(2006) 35 endg.), verabschiedet am 1. Februar 2006, 2) der interne Aktionsplan (SEK(2005) 985 endg.), verabschiedet am 20. Juli 2005 sowie 3) die Mitteilung "Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion" (KOM(2005) 494 endg.), verabschiedet am 13. Oktober 2005.

2.2 In der Mitteilung "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" wird die übergeordnete Bedeutung der interinstitutionellen Zusammenarbeit für die Kommunikation von EU-Themen hervorgehoben. Es werden ferner die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Kommunikationspolitik benannt, die auf einer Partnerschaft mit den maßgeblichen Akteuren in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen beruht. Am selben Tag verabschiedete die Kommission auch - wie in Ziffer 1.2. dargestellt sowie gemäß der Entschließung des Europäischen Parlaments zu einer europäischen Kommunikationspolitik - einen Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" (KOM (2007) 569 endg.). Damit sollte das Engagement aller EU-Institutionen für eine Reihe jährlicher EU-Kommunikationsprioritäten unter Einbeziehung interessierter Mitgliedstaaten bekräftigt werden. Unter Berücksichtigung der Eigenständigkeit und der unterschiedlichen Aufgaben der einzelnen EU-Institutionen wird in der interinstitutionellen Vereinbarung die Notwendigkeit und der Mehrwert einer besseren Koordinierung der Art und Weise hervorgehoben, wie die EU-Organe und -Einrichtungen kommunizieren. Sie schafft einen Rahmen für entsprechende koordinierte Maßnahmen. In Anbetracht der besonderen Bedeutung des Jahres 2008 für die Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon in den Mitgliedstaaten

und der Vorbereitungen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 fordert die Europäische Kommission den EWSA auf, seine Sicht zu dieser Mitteilung zu formulieren.

2.3 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss seinerseits verabschiedete in jüngster Zeit drei Stellungnahmen zum Thema Kommunikation: die erste zum Thema "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union" (CESE 1249/2005¹), die am 26. Oktober 2005 verabschiedet wurde und an das Europäische Parlament gerichtet war, und zweitens die Stellungnahme zum "Plan D" der Kommission (CESE 1499/2005), verabschiedet am 14. Dezember 2005². Beide Stellungnahmen enthalten eine Reihe praktischer Empfehlungen. Die dritte Stellungnahme des Ausschusses hatte das "Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik" (CESE 972/-/2006) zum Gegenstand und wurde am 6. Juli 2006 verabschiedet³. In der letztgenannten Stellungnahme wurde die Kommission ersucht, das Problem der fehlenden Rechtsgrundlage in der Kommunikationspolitik zu beheben; außerdem wurde für eine verstärkte interinstitutionelle Zusammenarbeit mit dezentralem Ansatz plädiert.

2.4 In der vorliegenden Stellungnahme zu der Mitteilung "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" soll daher nicht auf Themen eingegangen werden, die der Ausschuss bereits bearbeitet hat oder gerade bearbeitet. Vielmehr sollte auf die drei in der Mitteilung genannten Hauptbereiche eingegangen werden, nämlich:

- Die Rolle der Bürger stärken;
- Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit;
- Stärkung des partnerschaftlichen Ansatzes (Einschließlich des Vorschlags über eine interinstitutionelle Vereinbarung über Fragen der Kommunikation).

2.5 Neben den drei genannten Stellungnahmen des Ausschusses und der Mitteilung der Kommission "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" liegen der Stellungnahme noch eine Reihe weiterer Quellen zugrunde:

- die Zusammenfassungen der Beratungen des EWSA-Plenums ab Juni 2005;
- die zusammenfassenden Berichte verschiedener Aussprachen in der Gruppe Kommunikation des EWSA;
- die am 30. Mai 2007 verabschiedete Entschließung des Ausschusses "Beitrag zur Tagung des Europäischen Rates am 21./22. Juni 2007 - Fahrplan für den Verfassungsprozess" (CESE 640/2007);
- die Empfehlungen aus der "Römischen Erklärung der Jugend" vom 25. März 2007 zur Feier des 50. Jahrestags der Römischen Verträge;

¹ ABl. C 28 vom 3.2.2006, S. 42-46.

² ABl. C 65 vom 17.03.2006, S. 92-93.

³ ABl. C 309 vom 16.12.2006, S. 115 - 119.

- die Teilnahme des Ausschusses an sechs von der Kommission ko-finanzierten Plan-D-Projekten;
- die Schlussfolgerungen der Stakeholder-Konferenz des EWSA "Euer Europa: Eure Meinung" am 18. Oktober 2007 in Dublin;
- die Schlussfolgerungen des EWSA-Seminars für Pressereferenten zum Thema "Europa vermitteln: In welcher Rolle sieht sich die Zivilgesellschaft?" am 12. November 2007 in Brüssel.

2.6 Diese Stellungnahme zur Mitteilung "Partnerschaft für die Kommunikation über Europa" gliedert sich in drei Abschnitte, die den drei großen Themenkomplexen im Kommissionsdokument entsprechen, und beschränkt sich auf einige wenige Schlüsselfragen in jedem Abschnitt.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1 **Die Rolle der Bürger stärken**

3.1.1 Gerade für die Kommunikation über Europa ist die Rolle der Zivilgesellschaft ausschlaggebend. Der erneuerte Plan-D-Rahmen sieht vor, dass möglichst viele Partner in die Entwicklung der Europäischen Union einbezogen werden, darunter auch NRO, Berufsverbände und eine steigende Zahl von Unternehmen, die "Europa" besser kennen lernen und mehr über seine Politiken, Programme und Arbeitsweise erfahren wollen. Der EWSA unterstützt den Aufruf in der "Römischen Erklärung der Jugend" an die Adresse der EU, mehr Mittel für NRO bereitzustellen, die die Hauptträger informeller Bildung und Förderer der bürgerschaftlichen Teilhabe, der Menschenrechte und der Demokratie sind.

3.1.2 Der Ausschuss steht voll und ganz hinter dem Ansatz der Mehrsprachigkeit in der Kommunikation. Die Kommunikation wird nicht nur in der angemessenen Anzahl von Sprachen erfolgen, sondern auch in einer verständlichen Weise. Dies wurde auf dem EWSA-Seminar für Pressereferenten im November 2007 klar zum Ausdruck gebracht.

3.1.3 Der Ausschuss hat immer wieder betont, dass die EU mehr als nur "Brüssel" ist. In diesem Sinne hat der EWSA mit seinen Initiativen das Konzept des "lokalen Handelns" unterstützt. Der Ausschuss begrüßt ausdrücklich die Initiative der Kommission, EWSA-Kontaktpunkte in allen EU-Vertretungen einzurichten. Dies ist eine logische Konsequenz aus der Unterzeichnung des Addendums zum Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen. Das Addendum wird als Grundlage für die weitere Entwicklung der interinstitutionellen Arbeitsbeziehungen dienen. Die 344 Mitglieder des EWSA kommen aus allen 27 Mitgliedstaaten der EU. Sie vertreten verschiedene nationale Organisationen, die in den drei Gruppen des Ausschusses repräsentiert sind. Diese Mitglieder verfügen über sowohl nationale und regionale Erfahrungen als auch über eine europäische Perspektive dank ihrer Arbeit im Ausschuss. Diese wertvollen Ressourcen sollten von den Vertretungen der Europäischen Kommission und den Informationsbüros des Europäischen Parlaments genutzt werden. Eine interessante erste

Herausforderung für die eingerichteten Kontaktstellen bestünde darin, gemeinsam mit den EWSA-Mitgliedern Initiativen zum 50-jährigen Bestehen des EWSA im Mai 2008 zu ergreifen.

- 3.1.4 Die zahlreichen europaweiten Netze sind ein wichtiges Element in dem Bestreben, Europa auf lokaler Ebene zu kommunizieren. Beispielsweise sollten die Europe-Direct-Zentren bei der Vermittlung europäischer Politik alle EU-Institutionen im Auge haben. Der EWSA wird bereit sein, diesen Netzwerken sein Wissen zur Verfügung zu stellen, indem er bei Bedarf relevantes Informationsmaterial und Schulungen anbietet. Die relativ begrenzte finanzielle Unterstützung für diese Netzwerke sollte von der Kommission überdacht werden. Würden diese Zentren stärker gefördert und ein differenzierterer Ansatz von der Kommission verfolgt, könnten sie effizienter das Zugehen auf die Bürger im Sinne des "Going local" unterstützen. Ferner sollten die Kommission und das Europäische Parlament prüfen, wie die in ganz Europa zu findenden Europa-Agenturen in die Kommunikationsbemühungen der EU eingebunden werden können. Der Ausschuss hat zu guter Letzt die Erfahrung machen können, dass Kulturinitiativen bei den Bürgern Anklang finden und als wichtiges Instrument für die Vermittlung der europäischen Idee dienen können.
- 3.1.5 Die Konsultation der Kommission zu dem Weißbuch bestätigte die starke Nachfrage von Seiten der zivilgesellschaftlichen Akteure nach einer engeren Einbindung in die europäischen Prozesse. Der Ausschuss verweist auf die Schlussfolgerungen, die auf seinem im November 2007 organisierten Seminar für Pressereferenten in Brüssel gezogen werden konnten und in denen festgestellt wurde, dass bestehende Strukturen und Netzwerke zur Konsultation zu nutzen seien, anstatt jedes Mal wieder bei Null anzufangen. Dem EWSA als Vertreter der europäischen organisierten Zivilgesellschaft kommt in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle zu, was von den anderen europäischen Institutionen gewürdigt werden sollte.
- 3.1.6 Der EWSA stimmt der Kommission darin zu, dass Bildungs- und Schulungsmaßnahmen für eine aktive Bürgerschaft in die einzelstaatliche Verantwortung fallen. Der Ausschuss muss jedoch feststellen, dass die Rechte und Pflichten der europäischen Bürger lediglich in der Hälfte der Schullehrpläne in den Mitgliedstaaten erwähnt werden. Das Dubliner Jugendforum, das im Oktober 2007 stattfand, zeigte, dass sich die Bürger an Diskussionen über europäische Themen beteiligen, sofern sie die Gelegenheit dazu erhalten. Ein wichtiges Element dabei ist die Bildung und die Thematisierung der EU in den Lehrplänen der Schulen. Auf dem Seminar wurde der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung junger Menschen im Beschlussfassungsprozess laut. Die EU könnte problemlos freiwillige Tätigkeiten und Austauschprogramme besser fördern, ohne dass dies die jeweilige nationale Identität beeinträchtigen würde. Der EWSA ruft dazu auf, gezielte Initiativen in diesem Bereich zu ergreifen.
- 3.1.7 Der EWSA begrüßt Initiativen wie "Europäischer Frühling" und "Zurück an die Schule". Der Ausschuss fordert die Kommission auf zu prüfen, wie die bestehenden lokalen und regionalen Netzwerke besser in solche Bestrebungen eingebunden werden können. Diese Bestrebungen sollten alle Schulebenen einschließlich der Grundschule umfassen.

3.2 **Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit**

- 3.2.1 Die Kommission betont, wie wichtig es ist, dass sie ihren eigenen Politiken auch glaubwürdig nachkommt, denn dies ist das wirksamste Mittel, um die öffentliche Unterstützung für das europäische Projekt zu sichern. Die unzureichende Kommunikation im Zusammenhang mit dem Reformvertrag von Lissabon scheint indes nicht gerade der Idee einer europäischen Öffentlichkeit zu entsprechen. In seiner EntschlieÙung vom Mai 2007 an den Europäischen Rat auf dessen Tagung im Juni 2007 forderte der EWSA die Anerkennung der Bedeutung der partizipativen Demokratie insbesondere dadurch, dass die europäischen Institutionen dazu verpflichtet werden, einen transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Unionsbürgern zu führen.
- 3.2.2 Gemeinsam mit der Kommission und dem Europäischen Parlament hofft der EWSA auf eine höhere Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Diese könnte durch die Umsetzung der von der Kommission angeregten gemeinsamen Kommunikationsprioritäten verbessert werden. Der EWSA ist bereit, an solchen gemeinsamen Zielen mitzuwirken. Was die EU braucht, ist ein echter Zukunftsentwurf, sind echte Inhalte, mit dem bzw. denen sich die Bürger identifizieren können. Ziele für Europa müssen immer auch den sozialen Aspekt und die Beschäftigungssituation berücksichtigen, und gerade bei diesen Themen gibt es keinen besseren Ansprechpartner als den EWSA. Gute Kommunikation muss immer von einem klaren, genau definierten Plan ausgehen und den Bürgern Europas etwas bringen. Auf einer tieferen Arbeitsebene sollten die EWSA-Mitglieder eingeladen werden, sich an der Initiative der Kommission zur Schaffung von Pilot-Informationsnetzen (PIN) zu beteiligen.
- 3.2.3 Audiovisuelle Medien sind die stärksten Kommunikationswerkzeuge, zu denen die großen Organe, wie etwa die Kommission und das Europäische Parlament, Zugang haben. Beim Abschluss von Verträgen mit Anbietern für EBS-Dienste (Europe by Satellite) oder Online- bzw. Internetdienstleistungen muss die journalistische Freiheit natürlich ohne Abstriche gewährleistet sein. Beim Aufbau solcher Beziehungen sollte die Kommission ermuntert werden, sich darum zu bemühen, auch für andere Organe und Einrichtungen der Union den Weg zu bahnen, damit eine ausgewogene Kommunikation sichergestellt wird, auch eingedenk dessen, dass der Abschluss von Verträgen den beratenden Institutionen und anderen Einrichtungen der Union einen großen verwaltungstechnischen Aufwand verursacht. Die Kommission könnte außerdem sicherstellen, dass entsprechende Synergien geschaffen werden. Dies gilt auch für die Ermittlung von Bereichen, in denen die öffentliche Meinung sondiert werden soll.

3.3 **Stärkung des partnerschaftlichen Ansatzes**

- 3.3.1 Der EWSA steht voll und ganz hinter dem von der Kommission befürworteten partnerschaftlichen Ansatz. Dieser umfasst nicht nur die Organe und Einrichtungen der EU, sondern auch Politiker und Entscheidungsträger auf nationaler und regionaler Ebene, die zu den EU-Entscheidungen, an deren Zustandekommen sie mitwirken, stehen sollten. Der EWSA begrüÙt die Netzwerk-Aktivitäten mit nationalen Kommunikationsdirektoren und dringt auf eine bes-

sere Synergie mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und ihren Kommunikationsressourcen. Der EWSA verfügt über eine solche Plattform in Form des Netzwerks der Pressereferenten. Es sei ebenfalls darauf hingewiesen, dass es in den meisten EU-Mitgliedstaaten nationale Wirtschafts- und Sozialräte gibt und dass die EWSA-Mitglieder gute Verbindungen zu den Trägerorganisationen in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten unterhalten. Dies ist ein starkes Netz, das den EWSA als Institution zu einem wertvollen Partner für die anderen Institutionen machen kann.

- 3.3.2 Der Ausschuss bringt sich voll in die Arbeiten der interinstitutionellen Gruppe "Information" (IGI) ein, in der er Beobachterstatus hat. Der EWSA möchte die Bedeutung einer guten technischen Vorbereitung dieser Sitzungen unterstreichen. Der Ausschuss bedauert die praktischen Probleme in Bezug auf seine Teilnahme an den Sitzungen der IGI, die stets in Straßburg und parallel zu den in Brüssel stattfindenden Präsidiumssitzungen und Plenartagungen des EWSA stattfinden. Er würde die Verlegung der IGI-Sitzungen befürworten, damit er mit möglichst hochrangigen Vertretern daran teilnehmen kann. Der EWSA begrüßt sodann die "Politik der offenen Tür" der Arbeitsgruppe "Information" des Rates und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass "die Tür geöffnet" bleiben möge, damit der EWSA an der Gestaltung der Kommunikationspolitik der EU mitwirken kann.
- 3.3.3 Der EWSA hat sich bei früheren Gelegenheiten zwar für die Schaffung einer soliden Rechtsgrundlage für die Kommunikation ausgesprochen, nimmt aber gleichwohl den Vorschlag einer interinstitutionellen Vereinbarung zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Kenntnis. Der Ausschuss seinerseits setzt seine Arbeit an der Aktualisierung und Umsetzung seines strategischen Kommunikationsplans fort. Dieser umfasst die kontinuierliche Überprüfung der Kommunikationswerkzeuge und ihrer Nutzung sowie die Erkundung neuer Wege. In seinen Kommunikationsprioritäten berücksichtigt der Ausschuss die von der Kommission in ihrer Mitteilung vorgelegten Ziele. Seiner Ansicht nach müssen diese Ziele klar, fokussiert, bürgerrelevant und zahlenmäßig begrenzt sein.
- 3.3.4 Der EWSA unterstützt die im Wege der Plan-D-Initiative bereitgestellten Mittel und hebt abermals hervor, wie wichtig transparente und unbürokratischere Verwaltungsverfahren sind, damit sich alle Organisationen der Zivilgesellschaft an diesen Vorhaben beteiligen können. Er sieht der von der Kommission angekündigten weiteren Maßnahme im Anschluss an Plan D, nämlich der Initiative "Debate Europe - Diskutieren Sie mit!", erwartungsvoll entgegen.

4. **Verweise auf frühere Empfehlungen des Ausschusses**

- 4.1 Der Ausschuss erinnert an seine früheren Empfehlungen an die Adresse der Kommission im Zusammenhang mit dem Kommunikationsthema, wie etwa die Empfehlungen im Anhang zu seiner Stellungnahme vom Oktober 2005 zum Thema "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union" (CESE 1249/2005), an seine Stellungnahme vom Dezember 2005 zum Thema "Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion" (CESE

1499/2005) sowie an seine Stellungnahme zum "Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik" vom Juli 2006 (CESE 972/2006).

Brüssel, den 22. April 2008

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Dimitris DIMITRIADIS

Patrick VENTURINI

*

* *

NB: Anhang auf der folgenden Seite.

1. **Auszüge aus der Stellungnahme des EWSA vom Oktober 2005 zum Thema "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union" (CESE 1249/2005)**
- 1.1 Der Ausschuss begrüßt die Entschlossenheit der Europäischen Kommission, einen Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion vorzuschlagen. Er wird unverzüglich prüfen, ob dieser Plan der aktuellen Problematik angemessen ist. Der Ausschuss nimmt den im Aktionsplan vom 20. Juli 2005 für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa verankerten Beschluss zur Kenntnis, den Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedstaaten umfassende neue Mittel zur Verfügung zu stellen.
- 1.2 In diesem Zusammenhang fordert der Ausschuss die Vertretungen der Europäischen Kommission auf anzuerkennen, dass die Ausschussmitglieder eine wesentliche, derzeit allerdings noch nicht ausreichend genützte Kommunikationsressource darstellen, die für die Debatten und Aktivitäten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene eingesetzt werden könnte und sollte.
- 1.3 Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission ferner auf, die umfassende Einbindung des Ausschusses und seiner Mitglieder in die Initiativen sicherzustellen, die im "Plan D" nach seiner Prüfung durch das Europäische Parlament und Anhörung des EWSA vorgesehen werden, insbesondere in Bezug auf die Demokratie (an einem runden Tisch zu diesem Thema müsste der Ausschuss auf jeden Fall einen zentralen Platz einnehmen), die Organisation von Regionalveranstaltungen durch die Europe-Direct-Zentren und die Vorschläge zur Förderung der Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben.
- 1.4 Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission des Weiteren auf, schon jetzt die Umsetzung bestimmter Aspekte des Verfassungsvertrags im Zusammenhang mit den Bestimmungen über das demokratische Leben der Union zu betreiben, ist er doch der Ansicht, dass solche Maßnahmen nicht nur das Vertrauen der europäischen Bürger stärken, sondern auch die Debatte weiter demokratisieren und beleben können.
- 1.5 Der Ausschuss ist daher der Meinung, dass die organisierte Zivilgesellschaft bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Inhalt des Europäischen Gesetzes zur Festlegung der Verfahren, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Initiativrecht sichern, angehört werden könnte. Der Ausschuss könnte dementsprechend um Abgabe einer Sondierungsstellungnahme ersucht werden. Und er könnte den Initiativen der Zivilgesellschaft seine Unterstützung zuteil werden lassen.
- 1.6 Die Bestimmungen über die partizipative Demokratie sollten Gegenstand einer Reihe von Mitteilungen der Europäischen Kommission werden, in denen die Verfahren für die Anhörung und die Rolle des Ausschusses festgelegt werden.
- 1.7 Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission auf, die Vorlage eines Legislativvorschlags für eine echte Kommunikationspolitik in Betracht zu ziehen und auf diesem Weg das unausge-

sprochene Problem der fehlenden Rechtsgrundlage anzupacken, das zur Einrichtung derart zahlreicher informeller Mechanismen und einer inkohärenten Vorgehensweise geführt hat. Nach Meinung des Ausschusses würde schon die Vorlage eines derartigen Vorschlags eine Debatte anstoßen.

- 1.8 Die Bereitstellung angemessener Finanzmittel ist für die Durchführung einer Kommunikationsstrategie, die den Erwartungen der Bürger entspricht, unerlässlich.
- 1.9 Erst nach Bereitstellung der erforderlichen Mittel werden die Medien, die lokalen und regionalen Behörden sowie die politischen Parteien und die Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben, als Informationskanal aufzutreten. Sie werden dann in der Lage sein, klare Botschaften über die Auswirkungen des Integrationsprozesses zu vermitteln, die auf die Anliegen ihrer Zielgruppe vor Ort abgestimmt sind.
2. **Auszüge aus der Stellungnahme des EWSA vom Dezember 2005 zum Thema "Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion" (CESE 1499/2005)**
 - 2.1 Der Ausschuss fordert die Einbeziehung der verschiedenen Netzwerke seiner Mitglieder und ihrer Organisationen und somit Nutzung ihrer möglichen Multiplikatorenwirkung.
 - 2.2 Er rät den Institutionen, bereits jetzt die Bestimmungen des Verfassungsvertrags über die partizipative Demokratie umzusetzen. Dazu gehören
 - die Aufforderung an die Kommission zu einer stärkeren Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung;
 - die Beteiligung europäischer Bürgerinitiativen am Gesetzgebungsverfahren;
 - die Unterbreitung von Vorschlägen für eine echte Kommunikationspolitik von Seiten der Kommission;
 - ein neues Addendum zu dem Protokoll über die Zusammenarbeit.
3. **Auszug aus der Stellungnahme des EWSA zum Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik (CESE 972/2006) vom Juli 2006**
 - 3.1 In der Stellungnahme wird ausgeführt, dass der Ausschuss nicht für eine zusätzliche Charta oder einen Verhaltenskodex plädiert, in denen allgemeine Grundsätze formuliert werden, sondern er ruft erneut dazu auf, sich dem Problem der fehlenden Rechtsgrundlage für die Kommunikationspolitik zu stellen. Der Ausschuss fordert, dem Problem der mangelnden Bereitstellung der erforderlichen Mittel und den umständlichen finanziellen Verfahren Aufmerksamkeit zu schenken. Er begrüßt die praktischen Vorschläge zu Problemen wie der politischen Bildung bzw. bürgerschaftlichen Erziehung und weist darauf hin, dass die Hauptverantwortung für viele dieser Bereiche bei den Mitgliedstaaten liegt; er plädiert unter anderem dafür, dass die Bildungsminister über ein gemeinsames Konzept zur Geschichte der Europäischen Union beraten. Mit deutlichen und

ansprechenden Botschaften und einer klaren Vision ist der Ausschuss bereit und willens, mit den anderen Institutionen zusammenzuarbeiten. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen auf zentraler Ebene in vieler Hinsicht positiv entwickelt hat. Dennoch unterstützt der Ausschuss ausdrücklich einen dezentralen Ansatz und ersucht die Kommission eindringlich, weiter der Frage nachzugehen, wie wirkliche Synergien und interinstitutionelle Zusammenarbeit auf dezentraler Ebene erleichtert werden können. Der Ausschuss schlägt vor, dass das nach dem Weißbuch angekündigte Addendum zu dem Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss dieses besondere Thema behandeln sollte.
